



Bundesrepublik Deutschland

Rollenprofil | Kurzversion



Bundesrepublik Deutschland

Rollenprofil



Abbildung: Demonstration von Klima-Aktivist:innen | Berlin, Deutschland | 2020 | wikimedia / Stefan Müller | Lizenz: CC BY 2.0



Abbildung: junge Musiker gewinnen einen Preis | Kiel, Deutschland | 2008 | wikimedia / Ronald Sawatzki | Lizenz: CC 0 1.0



Abbildung: Siedlung Vogelsang, Deutschland | 2017 | Wikimedia / Mehlauge | Lizenz: CC0 1.0



Abbildung: Schloß Neuschwanstein | unsplash / Bharat Patil | Lizenz: unsplash



Abbildung: Heidelberg | Deutschland | unsplash / Kanan Khasmammadov | Lizenz: unsplash



Abbildung: Plenarsaal im Reichstag | 2020 | Berlin, Deutschland | Wikimedia / Steffen Prößdorf | Lizenz: CC BY-SA 4.0



Abbildung: Strassenbahn | Berlin, Deutschland | unsplash / Julia Joppien | Lizenz: unsplash



Abbildung: Richter des Bundesverfassungsgerichts | Karlsruhe, Deutschland | 1989 | wikimedia / Julia Solonina | Lizenz: CC BY-SA 3.0 DE



Abbildung: Einreisende am Grenzübergang zu Österreich | 2015 | Wegscheid, Deutschland | Wikimedia / Metropolico.org | Lizenz: CC BY-SA 2.0



Abbildung: Kindergruppe | 2011 | Deutschland | Wikimedia / 4028mdk09 | Lizenz: CC BY-SA 3.0



Abbildung: Polizist | Hamburg, Deutschland | 2007 | Wikimedia / Daniel Schwen | Lizenz: CC BY-SA 2.5



Bundesrepublik Deutschland

Allgemeine Informationen



Wikipedia¹

Bundesrepublik Deutschland

» *Deutschland ist Gründungsmitglied der Europäischen Union [...] sowie deren bevölkerungsreichstes Land. [...] Die Bundesrepublik Deutschland gilt als **einer der politisch einflussreichsten Staaten Europas** und ist ein gesuchtes Partnerland auf globaler Ebene. [...]*

*Die **Religionsfreiheit** in Deutschland garantiert Art. 4 des Grundgesetzes [...] es gibt [...] keine strikte Trennung von Kirche und Staat [...] Ebenso berufen sich einige deutsche Parteien auf die christliche Tradition des Landes. [...]*

*Nur wenige Strafanzeigen gegen Polizisten in Deutschland führten letztlich zu einer Anklage. Der UN-Menschenrechtsrat rät Deutschland zur Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen gegen **Polizeigewalt**, die es, anders als in anderen europäischen Ländern, in Deutschland bisher nicht gibt.*

*Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Wie in allen wohlhabenden Ländern der westlichen Welt gab es von Anfang der 1960er bis Anfang der 1990er Jahre einen Anstieg der **Kriminalität** und seither einen Rückgang, vor allem bei Gewaltkriminalität und Diebstahl. [...]*

*Das Grundgesetz (GG) ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. [...] Artikel 20 GG legt [...] fest, dass Deutschland als **demokratischer, sozialer Rechtsstaat** [...] organisiert sein muss. [...] Wer durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt wird, hat das Recht, bei Gericht um Rechtsschutz hiergegen nachzusuchen. Die Richter unterliegen bei der Rechtsprechung keinerlei Weisungen und sind von anderen Gewalten staatlicher oder politischer Art unabhängig. [...]*

*Laut World Values Survey werden in Deutschland, das sich auf die [...] Tradition der **Aufklärung** stützt, säkular-rationale Werte und persönliche Selbstentfaltung geschätzt. [...]*

*Laut Gini-Index gilt das Land im internationalen Vergleich als Gesellschaft mit **geringer Einkommensungleichheit**. «*

¹ Wikipedia – Deutschland: <https://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland> [30.12.2022]



Bundesrepublik Deutschland

Kurze Geschichte Deutschlands



Wikipedia¹

Bundesrepublik Deutschland

» *Deutschland ist ein Bundesstaat in Mitteleuropa. Er hat 16 Bundesländer [...]*

*Nach dem Ersten Weltkrieg wurde **1918 die Monarchie abgeschafft** und die demokratische Weimarer Republik konstituiert. [...]*

***Ab 1933 führte die nationalsozialistische Diktatur** zu politischer und rassistischer Verfolgung und gipfelte in der **Ermordung von sechs Millionen Juden und Angehörigen anderer Minderheiten wie Sinti und Roma, [...]** Slawen, [...] **Homosexuellen, Behinderten und „Asozialen“**. [...] Die NSDAP errichtete im Deutschen Reich innerhalb kürzester Zeit einen totalitären Einparteiensstaat unter Führung Adolf Hitlers und der Gleichschaltung der Institutionen. Missliebige Personen und politische Gegner, insbesondere Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, wurden aus allen Behörden entfernt, erste Konzentrationslager wurden errichtet, Bücher verbrannt [...]. Im Oktober 1933 verkündete Hitler den **Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund** [dem Vorgänger der Vereinten Nationen]. Er sicherte seine Herrschaft im Inneren, indem er auch innerparteiliche Gegner und ehemalige Weggefährten ermorden ließ. [...] Der vom NS-Staat 1939 begonnene Zweite Weltkrieg endete 1945 mit der Niederlage [...].*

*Das von den Siegermächten besetzte Land wurde 1949 geteilt [...]. Im Innern der **DDR** wurde [...] der Sozialismus verbindlich festgeschrieben; freie Wahlen gab es nicht mehr, der Aufstand vom 17. Juni 1953 wurde niedergeschlagen. Abweichende Meinungen wurden durch **Zensur und die umfassende Überwachung** der Geheimpolizei Staatssicherheit verfolgt. [...] In der DDR wurde das Recht durch die Einparteiherrschaft der SED gelenkt; die Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Gerichte, die von der Verfassung vorgeschrieben waren, wurden in [...] Wirklichkeit umgangen. [...] Die **Todesstrafe** wurde in Deutschland mit Artikel 102 des Grundgesetzes schon bei seiner Verkündung [1949] abgeschafft. In der DDR erfolgte die Abschaffung erst 1987, wenige Jahre vor ihrem Ende. [...]*

***Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung** [...] Ende der 1980er Jahre bildete sich [...] auch in der DDR eine Protestbewegung, die [...] durch **Massendemonstrationen** die politische Führung unter Druck setzte („Wir sind das Volk“) [...] Nach der friedlichen Revolution in der DDR 1989 erfolgte [...] die **Wiedervereinigung** beider Landesteile am 3. Oktober 1990 [...]. Dieser Tag der Deutschen Einheit wurde Nationalfeiertag. «*

¹ Wikipedia – Deutschland: <https://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland> [30.12.2022]



Bundesrepublik Deutschland



Zusammenfassung

Aussagen über Deutschland

- **Todesstrafe häufig im Nationalsozialismus.** Die Todesstrafe sei im Nationalsozialismus für 78 Delikte verhängt und häufig eingesetzt worden.
- **Todesstrafe 1949 abgeschafft.** Mit der Schaffung des Grundgesetzes 1949 sei die Todesstrafe in Westdeutschland im Artikel 102 abgeschafft worden. In der DDR sei dieser Schritt 1987 erfolgt.
- **Motivation zwiespältig.** „aus der rechtskonservativen Ecke kam [...] die Forderung [die Todesstrafe abzuschaffen] [...] Der Grund: Sie wollten damit weitere Hinrichtungen von NS-Tätern vor Militärgerichten der Alliierten stoppen. [...] also Kriegsverbrecher schützen.“ Andererseits als „Reaktion auf die Nazi-Barbarei. Die Nazis haben die Todesstrafe exzessiv eingeführt und exzessiv praktiziert auch gegen politische Gegner.“
- **Verbot trotz Beliebtheit.** Die Todesstrafe wurde abgeschafft, obwohl sie in der Mehrheit der Bevölkerung beliebt war.
- **Wiedereinführung diskutiert.** Danach wurde immer wieder die Wiedereinführung diskutiert, meist nach schweren Verbrechen oder Terrorattentaten. 1958 seien 75 – 80 % der Bevölkerung für die Wiedereinführung gewesen.
- **Kein Abschreckungseffekt.** Die Wiedereinführung sei von zuständigen Ministern abgelehnt worden, unter anderem mit der Begründung, dass die Todesstrafe nicht abschrecke: „Sie verhindere keine Taten, schon aus der einfachen Einsicht heraus, dass ein Täter in der Regel davon ausgehe, nicht erwischt zu werden [...] Deren Befürworter sind aber in der Regel von [...] Belegen kaum zu überzeugen.“
- **Auf- und Abwärtsbewegungen.** Nach Einschätzung des ehemaligen Richters Thomas Fischer dürfe man sich nicht darauf verlassen, dass es beim Thema Menschenrechte automatisch nur Verbesserungen gebe, sondern es gebe Auf- und Abwärtsbewegungen. So sei beispielsweise die Todesstrafe in den vier bevölkerungsreichsten Ländern der Welt (China, USA, Indien und Indonesien) noch nicht abgeschafft.
- **Stimme zur Wiedereinführung in Deutschland.** Auch in Deutschland gebe es Politiker-innen, wie den „AfD-Bundestagsabgeordnete[n] Thomas Seitz, der Ende vergangenen Jahres als erster Mandatsträger seiner Partei gefordert hat, über die Streichung von Artikel 102 des Grundgesetzes [Verbot der Todesstrafe] nachzudenken.“



Bundesrepublik Deutschland

Zusammenfassung



Offizielle Aussagen der deutschen Regierung

- **Gegen Todesstrafe.** die deutsche Regierung setzen sich aktiv gegen die Todesstrafe ein.¹
- **Menschenrechtsschutz als Vorbeugung.** die Menschenrechte weltweit zu schützen, trage nicht nur dazu bei, die Situation für Einzelpersonen in anderen Erdteilen zu verbessern. Menschenrechtsschutz sei auch wichtig für den Friedenserhalt: *„Die Verletzung von Menschenrechten und die Diskriminierung von Minderheiten führen häufig zu Konflikten, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden können“*¹
- **Völkerrecht einhalten.** Es sei Deutschland wichtig, dass Staaten sich daran halten, wozu sie sich selbst in internationalen Verträgen verpflichtet haben.¹
- **Stärkung des internationalen Strafgerichtshofs.** *„Ein Fokus der Bundesregierung liegt dabei auch auf der Bekämpfung der Straflosigkeit für Völkerrechtsverbrechen [...] [und] eine Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit“*¹
- **„innere Angelegenheit“.** *„Menschenrechtsfragen sind nicht nur innere Angelegenheit der Staaten.“*¹
- **Menschenrechtsverletzungen aktiv kritisieren.** *„In internationalen Foren wie dem UN-Menschenrechtsrat benennen wir Menschenrechtsverletzungen klar und wirken darauf hin, sie zu beseitigen.“*¹
- **NGOs stärken.** die deutsche Regierung setze sich dafür ein, Menschenrechts- bzw. Nichtregierungsorganisationen zu stärken.¹
- **Gegen Diskriminierung.** die deutsche Bundesregierung engagiere sich gegen Diskriminierung: *„Es ist die Verpflichtung derer, die in einem Staat die Mehrheit bzw. Macht in ihren Händen halten, die Rechte der Minderheiten zu wahren.“* *[...] Wir setzen uns aktiv für den Schutz besonders gefährdeten Gesellschaftsgruppen ein. Dazu gehören Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung sowie Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersex-Personen (LSBTIQ+).*¹
- **Fluchtursachen reduzieren.** *„Ein Schwerpunkt der internationalen Anstrengungen ist die Minderung der Ursachen von Flucht“*¹
- **UN und Sonderberichterstatter-innen stärken:** Die deutsche Regierung setze sich dafür ein, das UN-Menschenrechtsbüro sowie UN-Sonderberichterstatter-innen zu stärken.¹



Bundesrepublik Deutschland

Zusammenfassung



Offizielle Aussagen der deutschen Regierung

- **Meinungs- und Medienfreiheit** seien ein Schwerpunktthema der deutschen Bundesregierung: *„Nur dann, wenn Menschen sich frei äußern und informieren können, können sie auch Rechte einfordern und ihre Gesellschaft mitgestalten. Erst auf der Grundlage von Meinungs-, Medien und Informationsfreiheit können zahlreiche andere Menschenrechte [...] realisiert werden.“*¹
- **China.** Nach Meinung der deutschen Bundesregierung sei die Menschenrechtssituation in China schwierig. Es sei ein Problem, dass keine Zahlen zu Hinrichtungen veröffentlicht würden. Weiterhin sei man besorgt über die Vorwürfe, dass China Häftlingen gegen ihren Willen Organe entnehmen würde. Zudem verdiene die Situation der muslimischen Minderheit der Uiguren mehr Beachtung.¹
- **Iran.** Die Menschenrechtssituation im Iran sei schlecht. Man sehe den häufigen Einsatz der Todesstrafe mit Sorge. Gerichtsverfahren im Iran seien nicht fair. Geständnisse würden immer wieder erzwungen.¹
- **Nordkorea.** Man komme nur schwer an Informationen über die Menschenrechtssituation in Nordkorea. Trotzdem habe man Hinweise auf schwere Menschenrechtsverletzungen im Land und Menschenrechte würden systematisch missachtet. Auch seien *„außergerichtliche Tötungen und Folter in Nordkorea weiterhin weit verbreitet“*. Man kritisiere, dass Nordkorea UN-Sonderberichterstatter:innen keinen Zugang gewähre.¹
- **Philippinen.** *„Die Menschenrechtssituation hatte sich während der Amtszeit von Präsident Duterte deutlich verschlechtert. Tausende Menschen starben durch außergerichtliche Tötungen.“* Man sei besorgt über die Drohungen gegenüber Nichtregierungsorganisationen und Medien.¹
- **Russland.** *„Die Lage der Menschenrechte hat sich in Russland in der gesamten Breite drastisch verschlechtert.“* Man kritisiere den Umgang mit Oppositionspolitiker:innen wie bspw. die Vergiftung von Alexej Nawalny sowie das Verbot von Menschenrechtsorganisationen.¹
- **Saudi-Arabien.** Man erkenne an, dass es in Saudi-Arabien in manchen Bereichen Verbesserungen gebe. Doch *„trotz Fortschritten in verschiedenen Bereichen bestehen in Saudi-Arabien grundsätzliche Defizite wie fehlende Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit fort.“*¹
- **Türkei.** Man erkenne an, dass die Türkei weltweit die meisten Flüchtlinge versorgen. Trotzdem: *„Die Lage der Menschenrechte in der Türkei bleibt in vielen Bereichen problematisch.“* Man sei besonders besorgt über mangelnde Presse- und Meinungsfreiheit.¹



Bundesrepublik Deutschland

Rollenprofil



Bundesrepublik Deutschland

Rollenprofil | vertiefende Infos



Bundesrepublik Deutschland

Rollenprofil



Bundesrepublik Deutschland

Geschichte der Todesstrafe



Deutschlandfunk¹

Todesstrafe in Deutschland

» Sie ist umstritten und dennoch wird sie weltweit noch vollstreckt: die Todesstrafe. In der DDR wurde sie 1987 verboten. In der Bundesrepublik Deutschland wurde sie mit Inkrafttreten des Grundgesetzes im Mai 1949 abgeschafft – und zählt seither zu den **moralischen Grundlagen** des deutschen Staates.

„Die Todesstrafe ist abgeschafft“, so lautet Artikel 102 des Grundgesetzes. Und woran Thomas Fischer, ehemaliger Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof, hier erinnert: dass die Forderung, diesen Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen, erstaunlicherweise aus der rechtskonservativen Ecke kam. Genauer: von Hans-Christoph Seebohm, dem späteren Bundesverkehrsminister. Er und seine Freunde von der Deutschen Partei wollten das Verbot. Der Grund: Sie wollten damit weitere **Hinrichtungen von NS-Tätern vor Militärgerichten der Alliierten stoppen**.

Der frühere Innenminister von der FDP Gerhart Baum beschreibt, dass der Artikel 102 daher auf widersprüchliche Weise eine Folge aus dem Nationalsozialismus ist: „Das war natürlich eine vergiftete Initiative, die sollte also **Kriegsverbrecher schützen** und hat also nichts mit humanitären Impulsen zu tun. [Andererseits ist] Die Abschaffung [...] natürlich eine Reaktion auf die Nazi-Barbarei. Die Nazis haben die Todesstrafe exzessiv eingeführt und **exzessiv praktiziert auch gegen politische Gegner**. Und man wollte auf keinen Fall auch nur einen Hauch dieser Politik in das Grundgesetz haben.“

In der **NS-Terrorzeit** wurden **16.000 Todesurteile** gefällt und über 12.000 vollstreckt. Nach Schätzungen von 1989 wurden zusätzlich vor NS-Kriegsgerichten 33.000 Todesurteile verhängt. Neben Mord hatte das Willkürregime bis zum Ende des Krieges insgesamt **77 weitere Delikte** bestimmt, für die es zum Schutze der „Volksgemeinschaft“ die von ihm so genannte „Reinigungstodesstrafe“ aussprechen ließ. «



Bundesrepublik Deutschland

Geschichte der Todesstrafe



Deutschlandfunk¹

Todesstrafe in Deutschland

» Für Carlo Schmid, SPD-Wortführer im Parlamentarischen Rat, also unter den Vätern und Müttern des Grundgesetzes, ging es bei der Abschaffung um ein Bekenntnis der Deutschen zu einer Werteordnung. „Nach all dem, was in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland und anderswo durch deutsche Blutgerichte geschehen war, sollten wir Deutschen Zeugnis dafür ablegen, dass in allen Menschen, auch im Mörder, das **Leben heilig** zu halten ist, und dass diesem Postulat gegenüber kriminalpolitische Nützlichkeitsabwägungen keine Argumente darstellen.“

Ein weiterer wortmächtiger Fürsprecher für das Verbot der Todesstrafe war der aus Ludwigshafen stammende Justizrat Friedrich-Wilhelm Wagner, SPD, später Vize-Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Christian Bommarius: „Unabhängig aber von dem historischen Hintergrund, sagte er, dass der Staat, der das Leben nicht gebe, es auch nicht nehmen könne. Er habe **kein Verfügungsrecht über das menschliche Leben.**“

„Man muss sich bei diesen ganzen Fragen immer klar machen, was die Mehrheit der Deutschen, der Bundesbürger dachte. Und die **Mehrheit der Bundesbürger war für die Todesstrafe.** Insofern war auch der Parlamentarische Rat, der Grundgesetzgeber, nicht repräsentativ.“

Dies ist auch einer der Gründe, warum in der neuen Bundesrepublik mehrere **Wiedereinführungsdebatten aufflammten** – im Bundestag und in der Gesellschaft. Stets geschah dies unter dem Eindruck von Aufsehen erregenden Serienstraftaten, die die Emotionen hochschießen ließen, so zum Beispiel Raub- oder Taxifahrermorde, die bestialischen Verbrechen des Frauenmörders Heinrich Pommerenke [...].

Später wies der freidemokratische Bundesjustizminister Thomas Dehler in einer richtungweisenden Rede vor dem Deutschen Bundestag einen weiteren Versuch zurück [...] „Im Allgemeinen wird man nicht leugnen können, dass die Todesstrafe für den Entschluss des Mörders im Wesentlichen nicht ursächlich ist; dass im Gegenteil von vielen Psychologen unterstellt wird, dass gerade durch die **Todesstrafe die Bestie im Menschen geweckt wird.**“ «



Bundesrepublik Deutschland

Geschichte der Todesstrafe



Deutschlandfunk¹

Todesstrafe in Deutschland

» *Hinter des Volkes wütender Stimme witterte [der Justizminister] [...] Reste früherer Entwicklungsstufen. Solche Stimmungen entzögen sich einer rationalen Kontrolle. Als ein Beispiel dafür nannte er das schlichte Präventivargument der Befürworter der Todesstrafe, wonach ein Hingerichteter anschließend nichts Böses mehr anrichten könne. „Na mit dieser Erwägung kann man beinahe für alle schweren Verbrechen die Todesstrafe fordern. Wir würden am Ende dazu kommen, zu gewissen Erwägungen in der NS-Zeit, die ja in der Ausdehnung der Todesstrafe immer weiter ging, und **am Ende verlangte, dass jede Handlung, die die Sicherheit des Volkes gefährdet, mit dem Tode gesühnt werden muss**“.*

*Unbeeindruckt davon legten CSU-Abgeordnete 1958 nach. Das unbefriedigte Sühnebedürfnis des Volkes dürfe nicht vom Bundestag ignoriert werden. Immerhin gab es in der alten Bonner Republik drei Bundesjustizminister, die für die Wiedereinführung der Todesstrafe eintraten. Allen voran Richard Jaeger, CSU, Minister von 1965 bis '66, Spitzname: „Kopf-ab-Jaeger“, der sich immer auf die Mehrheit des Volkes berief. So auch 1958, als in Umfragen **75 bis 80 Prozent für die Wiedereinführung** waren.*

*Bis Ende der 1960er Jahre war die in Umfragen gemessene Mehrheit für die Todesstrafe gekippt – doch dann schlug im Deutschen Herbst 1977 nach der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer und der Kaperung des Passagierflugzeugs „Landshut“ die Forderung nach Wiedereinführung erneut hohe Wellen. Denn prominente Repräsentanten von Politik und Justiz schienen bereit, den **terroristischen** Geiselnehmern der RAF mit einer Grundgesetzänderung zu drohen. [...]*

*Gerhart Baum, damals Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, der darauf hinweist, dass es letztendlich keine rational haltbare Begründung für die Todesstrafe gibt. Sie verhindere keine Taten, schon aus der einfachen Einsicht heraus, dass **ein Täter in der Regel davon ausgehe, nicht erwischt zu werden.** «*



Bundesrepublik Deutschland

Geschichte der Todesstrafe



Deutschlandfunk¹

Todesstrafe in Deutschland

» Alle Statistiken und Untersuchungen haben gezeigt: Die **Todesstrafe schreckt nicht ab**. Deren Befürworter sind aber in der Regel von empirischen Belegen kaum zu überzeugen. Weshalb hinter dem unzerstörbaren Abschreckungsargument häufig auch eine Art Rationalisierung des Rache- und Vergeltungsmotivs zu stecken scheint, wie der ehemalige oberste Richter Thomas Fischer vermutet.

„Niemand kann sich ja ernsthaft hinstellen und sagen: `Ich will Rache vollziehen`. Das findet in der ersten Aufwallung statt. Keiner von denen würde ja jetzt wahrscheinlich ernsthaft selbst, persönlich gerne Henker sein [...]“

Außerhalb Europas ist die Lage selbst in entwickelten Rechtsstaaten ohnehin uneindeutig. In den **USA** wird noch immer kein Kandidat zum Präsidenten gewählt, wenn er sich explizit gegen die Todesstrafe ausspricht. Thomas Fischer: „Wenn man sich beispielsweise die Praxis in den USA anschaut – da ist ein letzter Rest von Rache und Vergeltung symbolisch übrig geblieben, indem die Hinterbliebenen einer ermordeten Person an der Vollstreckung hinter einer Glasscheibe teilnehmen dürfen.“ [...]

Doch trotz der positiven Entwicklung bleibt die betrübliche Bilanz, dass die vier bevölkerungsstärksten Staaten **China, die USA, Indien und Indonesien** noch immer die Todesstrafe verhängen. Was umgekehrt heißt, dass nur ein Drittel der Menschheit in Staaten lebt, die die Todesstrafe nicht praktizieren.

„Also der Firnis der Zivilisation ist so dünn. Wir glauben immer, das läge alles weit zurück und berechnen das nach Jahreszahlen und sagen, die Todesstrafe ist `49 abgeschafft worden, und von da an haben wir uns immer mehr von diesem Punkt entfernt. Wir sind immer liberaler geworden, humaner in unserer Auffassung von dem, was den Menschen ausmacht. Pustekuchen! So ist es nicht. Wir haben immer wieder **Auf- und Abwärtsbewegungen**. [...]“

So zum Beispiel der **AfD-Bundestagsabgeordnete** Thomas Seitz, der Ende vergangenen Jahres als erster Mandatsträger seiner Partei gefordert hat, über die Streichung von Artikel 102 des Grundgesetzes [Verbot der Todesstrafe] nachzudenken. Bemerkenswert, dass sich der frühere Freiburger Staatsanwalt dabei nicht auf eine Mordtat bezieht. Ihm genügt schon der Volkszorn vor Ort über die **illegale Rückkehr eines abgewiesenen Geflüchteten** aus Kamerun. «



Bundesrepublik Deutschland

Position: Menschenrechte



Deutsches Außenministerium¹

Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

Artikel 2 des deutschen **Grundgesetzes** stellt die Menschenrechte in einen internationalen Kontext: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“.

Der globale Wertegerahmen als Basis unseres menschenrechtlichen Handelns ergibt sich aus der **Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR)** von 1948 und den ihr nachfolgenden menschenrechtlichen Konventionen und Verträge.

Der Einsatz für die Menschenrechte wirkt in mehrere Richtungen: Er dient der **Verwirklichung der Menschenrechte**. Unsere Menschenrechtspolitik trägt aber auch zu Sicherheit und Krisenprävention bei. Frieden und Stabilität sind die Grundvoraussetzung dafür, dass Menschenrechte gewährleistet werden können. Sich für Frieden und Stabilität zu engagieren, hilft den einzelnen Menschen vor Ort dabei, in Würde und Freiheit leben zu können. Und umgekehrt ist der Einsatz für den Schutz der Menschenrechte auch Präventionsarbeit. Denn **wo die Menschenrechte gelten und geschützt werden, sind Krisen und Kriege unwahrscheinlicher**. Die Verletzung von Menschenrechten und die Diskriminierung von Minderheiten führen häufig zu Konflikten, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden können.

Wir wenden uns **gegen die Diskriminierung** jeglicher gesellschaftlichen Gruppe. Es ist die Verpflichtung derer, die in einem Staat die Mehrheit bzw. Macht in ihren Händen halten, die Rechte der Minderheiten zu wahren.

Ein Fokus der Bundesregierung liegt dabei auch auf der Bekämpfung der Straflosigkeit für Völkerrechtsverbrechen, wie etwa Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völkermord. Sie setzt sich sowohl für die nationale wie auch die internationale gerichtliche Aufarbeitung dieser Verbrechen ein. Das beinhaltet auch eine **Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit** sowie den Einsatz für die Umsetzung ihrer Urteile. Wenn solche Verbrechen konsequent geahndet werden, wird die Schwelle für potenzielle Täter höher. Stabilität nach einem Konflikt wird so wahrscheinlicher. Besonderes Anliegen ist die Unterstützung von Mechanismen der internationalen Gerichtsbarkeit, insbesondere dem **Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)** in Den Haag als Schlüsselement.



Bundesrepublik Deutschland

Position: Menschenrechte



Deutsches Außenministerium¹

Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

In internationalen Foren wie dem UN-Menschenrechtsrat **benennen wir Menschenrechtsverletzungen klar** und wirken darauf hin, sie zu beseitigen.

Menschenrechtsfragen sind **nicht nur innere Angelegenheit** der Staaten.

Neben Staaten und Staatengruppen spielen insbesondere auch **Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle** bei der Schaffung und Umsetzung menschenrechtlicher Verpflichtungen. Deutschland setzt sich seit langem für den Ausbau dieser unverzichtbaren Beteiligungsrechte ein.

Auf internationaler Ebene muss Rechtsstaatlichkeit als Rechtsgrundsatz von Staaten und internationalen Organisationen auch durch die **Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen** umgesetzt werden.

Ein Schwerpunkt der internationalen Anstrengungen ist die **Minderung der Ursachen von Flucht** und irregulärer Migration sowie das Schaffen von Zukunftsperspektiven.

Meinungs- und Medienfreiheit und der freie Zugang zu Informationen sind unveräußerliche Menschenrechte. Nur dann, wenn Menschen sich frei äußern und informieren können, können sie auch Rechte einfordern und ihre Gesellschaft mitgestalten. Erst auf der Grundlage von Meinungs-, Medien und Informationsfreiheit können zahlreiche andere Menschenrechte, insbesondere die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, vollumfänglich realisiert werden.

Wir setzen uns aktiv für den Schutz besonders gefährdeter Gesellschaftsgruppen ein. Dazu gehören **Kinder und Jugendliche**, Menschen mit **Behinderung** sowie Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersex-Personen (**LSBTIQ+**).

Deutschland hat im Berichtszeitraum eng und vertrauensvoll mit dem Büro der **UN-Hochkommissarin für Menschenrechte** zusammengearbeitet. Deutschland zählt mit seinem freiwilligen Beitrag zu den größten Gebern (2021 Rang 5) dieser zentralen Institution im VN-Menschenrechtsschutz. Mit dem deutschen Beitrag werden unter anderem die Arbeit der **Sonderberichterstatter-innen gefördert**.

Deutschland verfolgt seit vielen Jahren eine aktive Politik gegen die **Todesstrafe**, auch im Rahmen der Vereinten Nationen.

¹Menschenrechtsbericht der deutschen Bundesregierung (2022): <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/themen/menschenrechte/menschenrechtsbericht-15/2567408> [03.01.2023]



Bundesrepublik Deutschland

Position: Menschenrechte



Deutsches Außenministerium¹

Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

China

Zentrale Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit sind in China, trotz einiger Bemühungen in beschränkten Bereichen, weiterhin nicht gewahrt. Die Justiz untersteht der Kontrolle der Partei und wird von dieser als Werkzeug zur Machtdurchsetzung gesehen.

Statistiken zur **Todesstrafe in China** werden als Staatsgeheimnis behandelt. China richtet laut Experten-Schätzungen aber in absoluten Zahlen mehr Verurteilte hin als jeder andere Staat der Welt.

Intransparenz trotz Gesetzesreformen wird u.a. im Bereich Organhandel deutlich. Seit mehreren Jahren stehen Vorwürfe der **zwangsweisen Organentnahmen** im Raum, u.a. bei Falun Gong-Anhängerinnen und -Anhängern oder internierten Uigurinnen und Uiguren. Die chinesische Führung weist diese Vorwürfe zurück.

Besonderes Augenmerk verdient die Menschenrechtslage in der Autonomen **Uigurischen Region Xinjiang** und der Autonomen Region Tibet. Der vielbeachtete Bericht der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte stellt schwere Menschenrechtsverletzungen fest.

Iran

Die **Menschenrechtssituation** blieb im Berichtszeitraum desolat. Die im August 2021 ins Amt gekommene ultra-konservative Regierung unter Staatspräsident Raisi schränkt zur Sicherung des Systemerhalts persönliche und politische Freiheiten bewusst und systematisch weiter ein.

Gemessen an der Einwohnerzahl richtet Iran weltweit die meisten Menschen hin, Tendenz weiter steigend. Die **Todesstrafe** wird vor allem für Mord, Drogendelikte und Vergewaltigung, aber auch für politische Straftaten ausgesprochen. Im September 2022 wurden erstmals LSBTIQ+-Aktivistinnen und -Aktivisten zur Todesstrafe verurteilt wegen „Korruption auf Erden“.

Das **Justizsystem** ist weder unabhängig noch transparent. Willkürliche Festnahmen, erzwungene Geständnisse und Ausübung von Druck auf Familienangehörige kommen häufig vor.



Bundesrepublik Deutschland

Position: Menschenrechte



Deutsches Außenministerium¹

Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

Nordkorea

Verlässliche unabhängige Informationen über die Lage im Land sind nur sehr schwer zu erlangen. Nach vorliegenden Kenntnissen sind schwere und **systematische Menschenrechtsverletzungen** u.a. durch politische Prozesse, willkürliche Verhaftungen, Zwangsarbeit, außergerichtliche Tötungen und Folter in Nordkorea weiterhin weit verbreitet. Die Zahl der in Straf- und Umerziehungslagern Inhaftierten dürfte weiterhin mindestens im oberen fünfstelligen Bereich liegen, wahrscheinlich deutlich darüber.

Der **UN-Sonderberichterstatter** für Nordkorea erhielt während seiner gesamten Amtszeit (2016-2022) keinen Zugang zum Land.

Obwohl Nordkorea manche VN-Menschenrechtskonventionen ratifiziert hat, werden **Menschenrechte systematisch missachtet**.

Philippinen

Die Menschenrechtslage hatte sich während der Amtszeit von Präsident Duterte deutlich verschlechtert. Tausende Menschen starben durch **außergerichtliche Tötungen** im Zusammenhang mit der Anti-Drogen-Kampagne der Regierung sowie nach Vorwürfen, die als Terrororganisation gelistete kommunistische Partei zu unterstützen.

Der **Internationale Strafgerichtshof** leitete Untersuchungen bezüglich möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein.

Nichtregierungsorganisationen sowie kritische Medien werden diffamiert und bedroht.



Bundesrepublik Deutschland

Position: Menschenrechte



Deutsches Außenministerium¹

Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

Russland

Die Lage der Menschenrechte hat sich in Russland in der gesamten Breite **drastisch verschlechtert**. Die **Vergiftung** und die politisch motivierte Inhaftierung des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny stellten ebenso wie die **Verbote der renommierten Menschenrechtsorganisation** „Memorial“ nur vorläufige Höhepunkte staatlicher Unterdrückung dar.

Saudi-Arabien

Trotz Fortschritten in verschiedenen Bereichen bestehen in Saudi-Arabien **grundsätzliche Defizite** wie fehlende Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit fort.

Aus der Scharia entstammende Körper- und „Ausgleichsstrafen“ (Steinigung, Amputation von Gliedmaßen, Stockhiebe) wurden im Berichtszeitraum nicht mehr angewandt.

Im Rahmen der gesellschaftlichen und kulturellen Öffnung des Landes sind in den letzten Jahren deutliche **Fortschritte im Bereich der Frauenrechte** gemacht worden: Das männliche Vormundschaftsprinzip wurde weiter beschnitten, zuletzt im Familienrecht.

Türkei

Die Lage der Menschenrechte in der Türkei bleibt in vielen Bereichen **problematisch**. Presse- und Meinungsfreiheit sind zwar grundrechtlich garantiert, eine weite Auslegung von Antiterror- und Strafgesetzen schränkt deren Ausübung jedoch stark ein.

Die Türkei hat mit der Aufnahme von über vier Mio. **Flüchtlingen/Migrantinnen und Migranten** eine beachtliche Leistung erbracht.

MAKING THE
INVISIBLE
VISIBLE



www.amnesty.de/unSichtbar



Bundesrepublik Deutschland

Amnesty International



Amnesty International¹

Menschenrechtslage in Deutschland 2021

Überblick: » Die Zahl der Hassverbrechen nahm zu, doch die Behörden entwickelten keine umfassende Strategie gegen auf Diskriminierung beruhende Gewalt. Das Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung trat in Kraft. Das Versammlungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen schränkte das Recht auf Versammlungsfreiheit unverhältnismäßig stark ein. Die Bundesregierung versprach humanitäre Visa für stark gefährdete Afghan_innen und ihre Familienangehörigen. Gesetzesänderungen erlaubten es den Geheimdiensten, Überwachungstechnologie auf Geräten zu installieren, um auch verschlüsselte Kommunikation zu überwachen. [...] In einem wegweisenden Urteil erklärte das Bundesverfassungsgericht das Klimaschutzgesetz in Teilen für verfassungswidrig.

Diskriminierung: Im Mai 2021 meldete das Bundesinnenministerium einen Anstieg der Hasskriminalität [...]. Im selben Monat verabschiedete die Bundesregierung ein Paket von 89 Maßnahmen gegen rassistisch motivierte Straftaten. Die Maßnahmen sahen zwar eine stärkere Unterstützung der Zivilgesellschaft vor, reichten aber nicht aus, um [...] eine Gesamtstrategie gegen rassistische Gewalt zu entwickeln. [...]

Zudem war die **Polizei** in sechs Bundesländern und auf Bundesebene nicht verpflichtet, individuelle Kennzeichnungen zu tragen. [...]

Laut Angaben der Organisation Reporter ohne Grenzen wurden **Journalist_innen** bei der Berichterstattung über Demonstrationen von der Polizei nicht ausreichend geschützt. Die Organisation berichtete über zahlreiche Fälle von Journalist_innen, die bei Protesten [...] angegriffen und beschimpft wurden. [...]

Die Verzögerungen bei den Verfahren zur **Familienzusammenführung** gaben Anlass zu Bedenken hinsichtlich des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens. Antragsteller_innen aus Afghanistan, Eritrea und Syrien warteten mehr als ein Jahr lang auf ihren ersten Termin in einer deutschen Botschaft, um das Verfahren zur Familienzusammenführung in Deutschland einzuleiten. [...]

Ein Rüstungsexportstopp für **Saudi-Arabien** wurde im Dezember 2020 verlängert und war Ende 2021 noch in Kraft. «



¹ Amnesty International (2022): <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/deutschland-2021> [02.01.2023] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente [...] Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen [...] Regierungen und nahestehende Kommentatoren, die von Amnesty International in ihren Berichten kritisch beurteilt werden, haben verschiedentlich Kritik an Amnesty geübt. So wurde Amnesty z. B. aus China, Russland und dem Kongo Einseitigkeit gegen nicht-westliche Länder bei seinen Beurteilungen vorgeworfen. «



Bundesrepublik Deutschland

Human Rights Watch



Human Rights Watch¹

Deutschland – Menschenrechtslage 2021

Überblick: » Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus waren auf dem Vormarsch. Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan stoppte Deutschland die Abschiebungen von Afghan*innen, versäumte es aber weitgehend, gefährdete Afghan*innen rechtzeitig aus dem Land zu evakuieren. Ein neues Gesetz verpflichtet große Unternehmen, Menschenrechtsrisiken in ihren direkten Lieferketten zu berücksichtigen. Deutschland entschuldigte sich für den Völkermord von 1904-1908 in Namibia.

Migrantenfeindliche und antisemitische Straftaten nahmen zu. [...] Tareq Alaows, ein syrischer Menschenrechtsaktivist und der erste Geflüchtete in Deutschland, der für den Bundestag kandidierte, zog seine Kandidatur im März zurück. Er begründete dies mit rassistischen Angriffen und Drohungen gegen seine Person. [...]

Eine Sondereinheit der **Polizei** in Frankfurt wurde aufgelöst, nachdem eine Untersuchung im Juni 2021 ergeben hatte, dass einige ihrer Beamt*innen Mitglieder in rechtsextremen Chatgruppen gewesen waren. [...]

Bei den Bundestagswahlen im September durften erstmals auch **Menschen mit Behinderungen wählen**, denen das Wahlrecht zuvor aufgrund gerichtlicher Einschränkungen ihrer Rechte verweigert worden war. [...]

Ebenfalls unter Berufung auf die deutschen Gesetze zur universellen Gerichtsbarkeit erstattete Reporter ohne Grenzen (RSF) im März beim Generalbundesanwalt **Strafanzeige gegen den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman** und seine Helfer wegen des Mordes am Journalisten Jamal Khashoggi. RSF sieht in der Ermordung ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und legt dar, dass saudische Beamte für die „weit verbreitete und systematische“ Verfolgung von Journalist*innen in Saudi-Arabien verantwortlich sind. Bei Redaktionsschluss hatte die Bundesanwaltschaft noch nicht entschieden, ob sie eine entsprechende Untersuchung einleiten wird. «

S. 27

¹ Human Rights Watch (2022): <https://www.hrw.org/de/world-report/2022/country-chapters/380518> [02.01.2023] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Human Rights Watch (HRW) ist eine US-amerikanische, international tätige nichtstaatliche Organisation, die durch Untersuchungen und Öffentlichkeitsarbeit für die Wahrung der Menschenrechte eintritt. [...] Im Mai 2014 richteten [...] über hundert Wissenschaftler einen offenen Brief an [den Leiter von Human Rights Watch] Kenneth Roth, in dem sie die Nähe von Human Rights Watch zur Regierung der USA u. a. in Form des „Drehtürsystems“ zwischen Human Rights Watch und der US-Regierung kritisierten und die Organisation aufforderten, diesen Zustand zu beenden. «



Bundesrepublik Deutschland

Human Rights Watch



Human Rights Watch¹

Deutschland – Menschenrechtslage 2021

» Im Juni verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, das es der Bundespolizei und den Geheimdiensten erlaubt, **Spionagesoftware** zu verwenden, um Geräte zu hacken und auf verschlüsselte Daten zuzugreifen, was Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes aufkommen lässt. [...]

Im Jahr 2021 ist Deutschland in der Rangliste der **Pressefreiheit** von Reporter ohne Grenzen um zwei Positionen zurückgefallen. Die Organisation verzeichnete Angriffe auf Journalist*innen durch Demonstrant*innen [...]

Deutschland verstärkte sein **Engagement im UN-Menschenrechtsrat** in Genf und leitete oder unterstützte Maßnahmen gegen Länder wie Belarus, China, Ägypten, Äthiopien und Russland [...]. Die deutsche Regierung war auch eine treibende Kraft bei mehreren kritischen Fragen im Rat, so etwa beim Recht auf Privatsphäre im digitalen Zeitalter, beim Klimawandel und anderen Umweltthemen.

Im März verpflichtete sich die Bundesregierung, sich mit ihrer Inklusionsstrategie, einem vielseitigen Programm für Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit, stärker für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen Menschen (**LGBTI**) im Ausland einzusetzen. [...]

In Bezug auf **China** gehörte Deutschland zu den wenigen Staaten, die bereit waren, verschiedene Gelegenheiten bei den Vereinten Nationen zu nutzen, um Menschenrechtsverletzungen im Land anzuprangern. [...]

Deutschland hat sich für Menschenrechtsaktivist*innen und Regierungskritiker*innen in **Russland** und Weißrussland stark gemacht. [...]

In **Afghanistan** ignorierte Deutschland weitgehend das Bedürfnis von Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und lokalen Mitarbeiter*innen, das Land vor dem Abzug der internationalen Truppen zu verlassen. [...]

Der **Menschenrechtsbeauftragte** war eine wichtige Stimme für die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit. «

¹ Human Rights Watch (2022): <https://www.hrw.org/de/world-report/2022/country-chapters/380518> [02.01.2023] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Human Rights Watch (HRW) ist eine US-amerikanische, international tätige nichtstaatliche Organisation, die durch Untersuchungen und Öffentlichkeitsarbeit für die Wahrung der Menschenrechte eintritt. [...] Im Mai 2014 richteten [...] über hundert Wissenschaftler einen offenen Brief an [den Leiter von Human Rights Watch] Kenneth Roth, in dem sie die Nähe von Human Rights Watch zur Regierung der USA u. a. in Form des „Drehtürsystems“ zwischen Human Rights Watch und der US-Regierung kritisierten und die Organisation aufforderten, diesen Zustand zu beenden. «



Bundesrepublik Deutschland

UN-Menschenrechtsrat



Tagesspiegel¹

UN-Menschenrechtsrat beurteilt Deutschland

» Wie ist es um die Menschenrechte in Deutschland bestellt? [...] Vom heutigen Donnerstag an wird der UN-Menschenrechtsrat in Genf nun die gesamte Lage der Menschenrechte in Deutschland beurteilen. Das zögerliche Vorgehen deutscher Behörden gegen **Rassismus** dürfte dabei erneut eine prominente Rolle spielen. [...] Der Bundesrepublik fehle bisher „eine umfassende Strategie gegen rassistische Diskriminierung“. [...] Schon 97 Länder haben nämlich für die Genfer Sitzung Fragebedarf im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie angemeldet, darunter auch die Türkei. Man rechne mit Kritik, hieß es am Dienstag aus der Bundesregierung. [...]

Ein weiteres wesentliches Thema sind für das DIMR die **Rechte Behinderter**. Sie müssten besser vor Gewalt und Zwangstherapien geschützt werden, vielen von ihnen sei sogar das Wahlrecht aberkannt. Ein vollständiges Recht auf Bildung hätten sie weiter nicht [...]. „Inzwischen besuchen zwar mehr Kinder mit Behinderungen die Regelschulen. Es bleibt aber bei der Segregation.“ [...]

Bis zum Herbst muss die Bundesrepublik **entscheiden, ob sie die Empfehlungen akzeptiert**. Grundlage des Verfahrens sind der Menschenrechtsbericht der Bundesrepublik, Erkenntnisse, die UN-Organe gesammelt haben, sowie eine Zusammenfassung der Beiträge von Nichtregierungsorganisationen und aus der Zivilgesellschaft durch das Hochkommissariat für Menschenrechte. «

S. 29



¹ Tagesspiegel (2013): <https://www.tagesspiegel.de/politik/bundesregierung-rechnet-mit-kritik-6371689.html> [30.12.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Der Tagesspiegel [...] ist eine 1945 gegründete Tageszeitung aus Berlin. [...] Das Motto der Zeitung ist *rerum cognoscere causas* – „die Ursachen der Dinge erkennen“. «



UN-Menschenrechtsrat



Deutsche Welle¹

Kritik an Deutschland im UN-Menschenrechtsrat

» In einer [...] Sitzung befasste sich der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf mit dem Abschlussbericht zur **Menschenrechtslage in Deutschland**. Im April hatten die UN-Mitgliedsstaaten im Rahmen des Universellen Überprüfungsverfahrens (UPR) **200 Empfehlungen** zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in Deutschland abgegeben. 168 dieser Empfehlungen hat die Bundesregierung offiziell akzeptiert. [...]

Nichtregierungsorganisationen, die von ihrem Rederecht ausgiebig Gebrauch machten. Dabei gab es Lob - aber auch viel Kritik. "Es ist sehr gut, dass die Bundesregierung so viele Empfehlungen angenommen hat. Das ist auch sicherlich im Vergleich zu vielen Staaten vorbildlich", erklärte Beate Rudolf, die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Doch Rudolf machte auch auf eine Widersprüchlichkeit im deutschen Umgang mit den UPR-Empfehlungen aufmerksam, "dort, wo Empfehlungen angenommen werden und im selben Atemzug gesagt wird: '**Das machen wir ja bereits**'. Also, im Grunde gesagt wird: 'Wir brauchen die Empfehlung gar nicht, denn wir haben ja Maßnahmen ergriffen.'"

[...] Internationale Menschenrechtsorganisationen geben sich weniger harsch als die deutschen Nichtregierungsorganisationen bei der Beurteilung von Deutschlands UPR-Auftritt. Es gebe immer Raum für weitere Verbesserungen, findet Marianne Lilliebjerg von **Amnesty International**. Das gelte auch für einen ausgewiesenen Rechtsstaat wie Deutschland.

Bei allen Beteiligten herrscht Einigkeit darüber, dass Deutschland sich bei den Menschenrechten nicht damit begnügen kann, lediglich Mindeststandards zu erfüllen. Auch ein ohnehin hohes Niveau beim Schutz der Menschenrechte lasse sich **noch weiter erhöhen**. «

S. 30

¹ Deutsche Welle (2022): <https://www.dw.com/de/kritik-an-deutschland-im-un-menschenrechtsrat/a-17102397> [30.12.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland und Mitglied der ARD. [...] Der Sender soll als "der deutsche Auslandssender zu (tages)aktuellen Weltgeschehnissen die deutsche Sicht darstellen, [...] Die Finanzierung der DW wird maßgeblich mit Steuergeldern aus dem Bundeshaushalt finanziert. «